

Wir veröffentlichen eine Übersetzung der offiziellen englischen Version der Rede, die der russische Präsident Wladimir Putin am 28.09.2015 zum 70. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen vor deren Generalversammlung gehalten hat.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 185/15 – 01.10.15**

Die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 28.09.2015

(<http://en.kremlin.ru/events/president/news/50385>)

Herr Generalsekretär,
verehrte Staatsoberhäupter und Regierungschefs,
meine Damen und Herren,

der 70. Jahrestag der Vereinten Nationen ist eine gute Gelegenheit, sich an ihre Geschichte zu erinnern und über unsere gemeinsame Zukunft zu reden. 1945 haben die Staaten, die gemeinsam den Nationalsozialismus besiegt haben, auch gemeinsam das Fundament für eine Nachkriegsweltordnung gelegt. Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass die Schlüsselentscheidungen über die Grundsätze zum Umgang der Staaten miteinander und die Gründung der Vereinten Nationen in meinem Land und zwar auf der Konferenz von Jalta (die auf der Krim stattfand, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_von_Jalta) von den führenden Politikern der Anti-Hitler-Koalition (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Anti-Hitler-Koalition>) getroffen wurden.

Die Einigung von Jalta musste hart erkämpft werden, kostete viele Millionen Menschen das Leben und kam erst nach zwei Weltkriegen zustande, die unseren Planeten im 20. Jahrhundert verwüstet haben. Seien wir fair: Dank dieser Einigung hat die Menschheit die turbulenten, zuweilen sogar dramatischen Ereignisse in den seither vergangenen sieben Jahrzehnten relativ gut durchgestanden. Die Vereinbarungen von Jalta haben die Welt vor noch größeren Zerstörungen bewahrt.

Die Vereinten Nationen sind einzigartig – in Bezug auf ihre Legitimation, die Zugehörigkeit aller Staaten und ihre umfassende Zuständigkeit. Sie wurden aber in letzter Zeit zu Recht für ihre Wirkungslosigkeit kritisiert, die vor allem darauf zurückzuführen ist, dass sich die Mitglieder des Sicherheitsrates wegen unüberwindlicher Unterschiede in ihren Auffassungen nicht auf gemeinsame Lösungen für grundlegende Probleme verständigen konnten.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es im Laufe der 70-jährigen Geschichte der Vereinten Nationen immer wieder Meinungsunterschiede gegeben hat, und dass die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, China, die Sowjetunion und später auch Russland häufig von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht haben. Das ist für eine so heterogene Organisation, der so viele Staaten angehören, völlig normal. Als die Vereinten Nationen gegründet wurden, hat niemand erwartet, dass immer Einmütigkeit herrschen würde. Aufgabe dieser Organisation ist es ja gerade, nach Kompromissen zu suchen und sich darauf zu verständigen; ihre Stärke besteht doch vor allem darin, unterschiedliche Ansichten und Überzeugungen zu berücksichtigen. Die in den Vereinten Nationen diskutierten Entscheidungen werden in Form von Resolutionen getroffen. Die Diplomaten sagen, die Resolutionen finden entweder eine Mehrheit oder auch nicht. Alle Aktivitäten (gegen ande-

re Staaten), die dieses Verfahren umgehen, sind rechtswidrig, verstoßen gegen die Charta der Vereinten Nationen und gegen geltendes Völkerrecht.

Wir alle wissen, dass es nach dem Ende des Kalten Krieges nur noch ein dominierendes Machtzentrum gab, und dass diejenigen, die sich plötzlich an der Spitze der Pyramide befanden, nun dachten, sie seien so stark und einzigartig, dass sie selbst am besten wüssten, was zu tun sei; sie bildeten sich ein, keine Rücksicht mehr auf die UN nehmen zu müssen, weil ihre eigenmächtigen Entscheidungen dort ohnehin häufig auf Kritik stießen und keine Mehrheit fanden.

Deshalb behaupten sie auch, die UN seien am Ende, obsolet und überholt. Natürlich hat die Welt sich verändert, und die UN müssen sich auch verändern. Russland ist dazu bereit, die UN zusammen mit den anderen Staaten auf der Grundlage einer breiten Übereinkunft weiterzuentwickeln, wir betrachten aber jeden Versuch, die legitimen Rechte der UN zu untergraben, als äußerst gefährlich. Das könnte zum Zusammenbruch der kompletten Architektur der internationalen Beziehungen führen, und dann gäbe es keine Regeln mehr, sondern nur noch nackte Gewalt. Die Welt würde nur noch von Selbstsucht und nicht mehr von der Sorge um das Gemeinwohl beherrscht, in der Diktatur gingen Gleichheit und Freiheit unter, und die noch unabhängigen Staaten würden zu von außen kontrollierten Protektoraten.

Was bedeutet staatliche Souveränität, von der hier so oft die Rede war? Sie bedeutet vor allem, dass jeder Mensch und jeder Staat die Freiheit haben muss, seine Zukunft selbst zu bestimmen.

Das bringt uns auch zu dem Problem der Legitimität staatlicher Institutionen. Da sollte man keine Wortspielereien betreiben oder Begriffe zu manipulieren versuchen. Im Völkerrecht und im internationalen Sprachgebrauch sind staatliche Institutionen klar definiert, transparent und haben für alle die gleiche Bedeutung.

Staaten können sich unterscheiden, und das sollte auch von allen respektiert werden. Anderen Nationen sollte kein Staatsmodell aufgezwungen werden, das irgendwer für allgemein verbindlich erklärt hat.

Wir sollten aus den Lehren der Vergangenheit lernen. Wir sollten uns zum Beispiel an unsere Vergangenheit erinnern, an die Sowjetunion, die aus ideologischen Gründen gesellschaftliche Experimente auch in andere Länder exportiert hat, was häufig tragische Folgen hatte und Rückentwicklung statt Fortschritt brachte.

Es scheint jedoch so, dass einige nicht aus begangenen Fehlern lernen, sondern sie unbedingt wiederholen wollen, indem sie fortfahren, Revolutionen zu exportieren und behaupten, diesmal gehe es um "demokratische Revolutionen". Schauen Sie sich nur die Situation im Mittleren Osten und in Nordafrika an, auf die einer meiner Vorredner bereits hingewiesen hat. Natürlich gab es in diesen Regionen schon länger politische und soziale Probleme, und die Menschen sehnten sich nach Veränderungen. Und was ist dabei herausgekommen? Die Interventionen von außen haben keine Reformen gebracht, sondern nur die bestehenden Regierungssysteme und die Lebensformen der jeweiligen Bevölkerung zerstört. Statt Demokratie und Fortschritt gibt es jetzt nur Gewalt, Armut und zerrüttete Gesellschaften, und die Menschenrechte werden missachtet, sogar das Recht auf Leben.

Ich möchte die fragen, die diese Situation herbeigeführt haben: Begreift ihr wenigstens jetzt, was ihr angerichtet habt? Sie werden meine Frage vermutlich nicht beantworten, weil sie ihre Politik, die auf Arroganz, Selbstüberschätzung und der Erwartung beruht, straffrei zu bleiben, bis heute fortsetzen.

Das in einigen Staaten im Mittleren Osten und in Nordafrika hinterlassene Machtvakuum hat große Gebiete in die Anarchie (und ins Chaos) gestürzt und zur leichten Beute für Extremisten und Terroristen gemacht. Der so genannte Islamische Staat hat mehrere zehntausend Kämpfer, darunter auch viele ehemalige irakische Soldaten, die nach der Invasion im Jahr 2003 einfach entlassen wurden. Viele der (IS-)Rekruten kommen auch aus Libyen, einem Staat, dessen Souveränität durch grobe Missachtung einer Resolution des UN-Sicherheitsrates aus dem Jahr 1973 zerstört wurde. Diese radikale Gruppierung wird jetzt auch noch durch Mitglieder der so genannten "gemäßigten syrischen Opposition" verstärkt, die der Westen unterstützt. Wenn sie ausgebildet und mit Waffen versorgt sind, desertieren sie und schließen sich dem so genannten Islamischen Staat an.

Auch der Islamische Staat ist nicht ohne fremde Hilfe entstanden. Er wurde ursprünglich als Werkzeug gegen unerwünschte weltliche Regime geschaffen. Nachdem er große Teile Syriens und des Iraks erobert hat, dringt er jetzt sehr aggressiv auch in andere Regionen vor. Der Islamische Staat versucht nicht nur die ganze islamische Welt unter seine Kontrolle zu bringen. Seine Pläne gehen weiter.

Die Situation ist äußerst gefährlich. Unter diesen Umständen ist es heuchlerisch und verantwortungslos, vor der Bedrohung durch den Terrorismus zu warnen und gleichzeitig die Kanäle zu übersehen, über die der Islamische Staat finanziert und unterstützt und der Handel mit Drogen, illegalem Öl und Waffen abgewickelt wird.

Es ist ebenso verantwortungslos, extremistische Gruppen zu manipulieren und zur Durchsetzung eigener politischer Ziel zu benutzen, in der Hoffnung, dass man später schon einen Weg finden wird, sie wieder loszuwerden oder zu beseitigen.

Ich möchte denjenigen, die das tun, sagen: Meine Herren, die Leute, die ihr benutzt, sind grausam, aber nicht dumm. Sie sind ebenso klug wie ihr. Deshalb stellt sich die Frage, wer spielt hier eigentlich wessen Spiel? Die Erkenntnis, dass "gemäßigte Oppositionelle" mit ihren Waffen zu den Terroristen überlaufen, sollte euch zu denken geben.

Wir denken, dass alle Versuche, mit Terroristen zu flirten und sie sogar noch zu bewaffnen, kurzsichtig und äußerst gefährlich sind. Damit wird die Bedrohung durch den Terrorismus letztlich global ausgeweitet – in immer neue Regionen rund um den Erdball, denn die Kämpfer des Islamischen Staates kommen aus vielen Staaten, auch aus europäischen, und nehmen ihre Kampferfahrung mit zurück in ihre Heimatländer. Unglücklicherweise gibt es auch Russen darunter.

Wir können nicht zulassen, dass diese Verbrecher, wenn sie Blut geleckert haben, ihr kriminelles Tun zu Hause einfach fortsetzen. Das kann doch niemand wollen, oder?

Russland bekämpft den Terrorismus in all seinen Formen. Wir lassen dem Irak, Syrien und anderen Staaten in der Region, die sich gegen Terroristen zur Wehr setzen müssen, militärisch-technische Hilfe zukommen. Wir halten die Weigerung (des Westens), die syrische Regierung und ihre Behörden in ihrem mit Bodentruppen geführten tapferen Kampf gegen die Terroristen zu unterstützen, für einen großen Fehler.

Wir sollten endlich einsehen, dass die Regierungstruppen des Präsidenten Assad und die kurdische Miliz die einzigen Kräfte sind, die wirklich gegen die Terroristen in Syrien kämpfen. Ja, auch wir kennen die Probleme und Konflikte in dieser Region, aber wir müssen uns auch um die aktuelle Situation im Bodenkrieg kümmern.

Liebe Kollegen, ich muss auch darauf hinweisen, dass man Russland unterstellt, mit seinen offenen und ehrlichen Angeboten wolle es nur seine angeblichen Ausdehnungsbestre-

bungen kaschieren; dabei wollen diejenigen, die solche Unterstellungen verbreiten, damit nur von ihren eigenen imperialistischen Plänen ablenken. Liebe Kollegen, es geht uns nicht um irgendwelche Bestrebungen, sondern nur darum, dass wir den gegenwärtigen Zustand der Welt und die sich anbahnenden Entwicklungen nicht länger tolerieren können.

Bei unseren Vorschlägen lassen wir uns von unseren gemeinsamen Werten und Interessen und nicht von irgendwelchen Ambitionen leiten. Gestützt auf das Völkerrecht, müssen wir unsere Kräfte zur Lösung der uns alle betreffenden Probleme bündeln und eine wirklich breite internationale Koalition gegen den Terrorismus bilden. Wie bei der Anti-Hitler-Koalition sollten sich wieder viele Staaten vereinigen, um sich gemeinsam gegen diejenigen zur Wehr zu setzen, die – wie die Nazis – Gewalt und Hass über die Menschheit brachten. Und natürlich sollten die islamischen Staaten in einer solchen Koalition eine Schlüsselrolle spielen; der Islamische Staat ist ja nicht nur eine direkte Bedrohung für sie selbst, mit seinen Gräueltaten schändet er auch eine der größten Religionen der Welt. Die Ideologen dieser Extremisten verhöhnen den Islam und treten seine wahren humanistischen Werte mit Füßen.

Ich möchte mich auch an die geistlichen Führer des Islam wenden: Gerade jetzt sind Ihre Autorität und Ihre Erklärungen von großer Bedeutung. Es ist notwendig, junge Muslime vor überstürzten Entscheidungen zu bewahren, damit sie sich nicht von Terroristen rekrutieren lassen; Sie sollten auch denjenigen ins Gewissen reden, die sich anwerben ließen, damit sie die Waffen niederlegen, den Brudermord einstellen und wieder ins normale Leben zurückfinden.

In den kommenden Tagen wird Russland, das gegenwärtig den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat hat, eine Ministerkonferenz einberufen, um eine umfassende Analyse der bedrohlichen Situation im Mittleren Osten in Gang zu setzen. Dabei wollen wir versuchen, uns auf eine Resolution zu verständigen, auf deren Grundlage sich der Widerstand gegen den Islamischen Staat und andere terroristische Gruppierungen koordinieren lässt. Dieser Widerstand muss nach den Prinzipien der UN-Charta organisiert werden.

Wir hoffen, dass die internationale Gemeinschaft im Stande sein wird, eine umfassende Strategie zur politischen Stabilisierung zu entwickeln, und den Wiederaufbau der Gesellschaft und der Wirtschaft im Mittleren Osten in Gang zu setzen. Liebe Freunde, dann müssten auch nicht noch mehr Flüchtlingscamps errichtet werden. Der Strom der aus ihren Heimatländern Vertriebenen hat sich zuerst in die Nachbarstaaten und dann nach Europa ergossen. Schon jetzt sind Hunderttausende auf der Flucht, und bald könnten es Millionen werden. Das ist wirklich eine neue Völkerwanderung voller Tragik und eine harte Lehre für uns alle, auch für die Europäer.

Ich möchte betonen, dass die Flüchtlinge zweifellos unser Mitgefühl und unsere Unterstützung verdienen. Der einzige Weg, der zur Lösung dieses Problems führt, ist jedoch die Wiederherstellung der Souveränität der Staaten, aus denen die Flüchtlinge kommen; die noch existierenden staatlichen Strukturen müssen gestärkt oder wieder hergestellt werden, und die betroffenen Länder brauchen nicht nur militärische, sondern vor allem wirtschaftliche und materielle Hilfe, damit sie ihre schwierige Situation stabilisieren und die Menschen versorgen können, die trotz aller Heimsuchungen in ihren Häusern ausgeharrt haben. Natürlich kann man souveränen Staaten Hilfe jeder Art nicht aufzwingen, man kann sie ihnen nur anbieten, weil die UN-Charta das vorschreibt. Mit anderen Worten, die UN kann nur Maßnahmen unterstützen, die durch das Völkerrecht gedeckt sind und muss alle Aktivitäten zurückweisen, die gegen die UN-Charta verstoßen. Ich halte es deshalb für vordringlich und äußerst wichtig, dass die Regierungseinrichtungen in Libyen wieder hergestellt und die neue Regierung des Iraks unterstützt wird; außerdem muss die legitime Regierung Syriens jede von ihr gewünschte Hilfe erhalten.

Liebe Kollegen, die Sicherung des Friedens und der globalen und regionalen Stabilität bleibt die wichtigste Aufgabe für die internationale Gemeinschaft unter Führung der Vereinten Nationen. Wir glauben, dass wir dazu ein ungeteiltes sicheres Umfeld schaffen müssen – nicht nur für eine privilegierte Elite, sondern für die gesamte Menschheit. Das ist natürlich eine anspruchsvolle, komplizierte und zeitraubende Aufgabe, zu der es aber keine Alternative gibt.

Unglücklicherweise sind einige unserer Amtskollegen noch von der Blockmentalität des Kalten Krieges geprägt und haben den Ehrgeiz, neue geopolitisch wichtige Areale zu erobern. Deshalb haben sie begonnen, die NATO nach Osten auszuweiten – wobei man sich fragen muss, warum sie das überhaupt getan haben, obwohl der Warschauer Pakt nicht mehr besteht und die Sowjetunion sich aufgelöst hat.

Trotzdem dehnt sich die NATO immer weiter nach Osten aus und verstärkt ihre militärische Infrastruktur (in Staaten, die früher dem Warschauer Pakt angehörten oder Sowjetrepubliken waren). Außerdem werden ehemalige Sowjetrepubliken vor die Wahl gestellt, sich entweder dem Westen anzuschließen oder ihre Verbindungen zu Russland aufrechtzuerhalten. Dieses Konfrontationsdenken musste früher oder später eine große geopolitische Krise auslösen. Und genau das ist in der Ukraine passiert, wo die weit verbreitete Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung ausgenutzt wurde, um aus dem Ausland einen Umsturz anzuzetteln. Daraus hat sich dann ein Bürgerkrieg entwickelt. Wir sind davon überzeugt, dass nur eine umfassende und konsequente Umsetzung des Minsker Abkommens vom 12. Februar 2015 aus dieser verfahrenen Situation herausführt. Die territoriale Integrität der Ukraine ist weder mit Drohungen noch durch militärische Gewalt zu sichern, sie muss aber gesichert werden. Dabei müssen die Rechte und Interessen der Menschen im Donbass anerkannt und ihre Wünsche respektiert werden; außerdem sollte man sie an der auf den Vorgaben des Minsker Abkommens beruhenden Planung der künftigen politischen Struktur der Ukraine beteiligen. Ein solches Vorgehen würde sicherstellen, dass sich die Ukraine wieder in einen zivilisierten Staat verwandelt, der allen Ukrainern Sicherheit bietet und wirtschaftliche Beziehungen zu Westeuropa und zu Eurasien entwickeln kann.

Meine Damen und Herren, ich habe schon wiederholt einen einheitlichen Wirtschaftsraum gefordert, der die wirtschaftliche Kooperation sehr erleichtern würde. Lange sah es auch so aus, als könnten wir eine Weltwirtschaft ohne Trennungslinien aufbauen – mit freien transparenten Märkten, auf denen gemeinsam formulierte Regeln und die Prinzipien der Welthandelsorganisation gelten sollten, die freien Handel, uneingeschränkte Investitionen und fairen Wettbewerb garantieren. Dann wurden einseitige Sanktionen verhängt, die zwar gegen die UN-Charta verstoßen, aber heute allgemein üblich sind. Sie dienen nicht nur politischen Zielen, sie werden auch eingesetzt, um Konkurrenten von Märkten zu verdrängen.

Ich wünsche mir mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit. Zahlreiche Staaten sind dabei, andere Staaten ausschließende Wirtschaftsabkommen miteinander zu vereinbaren – hinter verschlossenen Türen, unter Ausschluss der eigenen Öffentlichkeit, der eigenen Wirtschaftsverbände und der übrigen Welt. Andere Staaten, deren Interessen auch betroffen sein könnten, erhalten keinerlei Informationen. Es scheint so, als wolle man neue Spielregeln einführen, die nur den Interessen weniger privilegierter Staaten dienen und die Welthandelsorganisation unterlaufen. Das schränkt den Welthandel ein und zersplittert den globalen Wirtschaftsraum.

Diese Abkommen betreffen die Interessen aller Staaten und beeinflussen die Zukunft der gesamten Weltwirtschaft. Deshalb schlagen wir vor, sie auch in den zuständigen Gremien der UN, in der Welthandelsorganisation und beim G20-Gipfel zu besprechen. Statt dieser

Wirtschaftspolitik des Ausschließens empfiehlt Russland die Zusammenführung regionaler Wirtschaftsprojekte. Ich beziehe mich auf die so genannte "Integration integrativer Vorhaben", die auf den universalen und transparenten Regeln des internationalen Handels basieren. Als Beispiel möchte ich auf unsere Pläne verweisen, die Eurasische Wirtschaftsunion mit dem chinesischen Projekt einer neuen "Seidenstraße" wirtschaftlicher Kooperation zu verbinden. Wir halten auch immer noch eine fortschreitende Integration zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Europäischen Union für sehr vielversprechend.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Problem, von dem die Zukunft der gesamten Menschheit abhängt, ist der Klimawandel. Im Interesse aller Staaten müssen wir sicherstellen, dass die kommende UN-Konferenz zum Klimawandel, die im Dezember 2015 in Paris stattfinden wird, sich auf konkrete, verbindliche und durchführbare Maßnahmen verständigt. Als einen Beitrag Russlands planen wir, die Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2030 auf 70 bis 75 Prozent des Emissionsniveaus der 1990er Jahre zu senken.

Ich schlage außerdem vor, dass wir dieses Problem endlich ernsthaft angehen. Wir dürfen uns nicht mehr auf die Festlegung von Emissionsquoten und andere taktische Maßnahmen beschränken, weil der Klimawandel nur damit nicht aufzuhalten ist. Wir können ihn nur durch die Einführung grundlegend neuer, umweltschonender Technologien stoppen, die es uns ermöglichen, wieder ein Gleichgewicht zwischen der Biosphäre und den Eingriffen der Menschen herzustellen.

Das ist tatsächlich eine Herausforderung globalen Ausmaßes. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Menschheit die notwendigen intellektuellen Kapazitäten hat, um sie zu meistern. Die Staaten mit hohem Forschungs- und Entwicklungspotenzial, die bereits bedeutende Fortschritte in der Grundlagenforschung erzielt haben, müssen ihre Anstrengungen bündeln. Wir schlagen vor, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein spezielles Forum einzuberufen, das sich mit allen Problemen befasst, die mit der Erschöpfung von Bodenschätzen, der Habitat-Zerstörung und dem Klimawandel zusammenhängen. Russland ist bereit, ein solches Forum mitzufinanzieren.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen. Am 10. Januar 1946 trat die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu ihrer ersten Sitzung in London zusammen. Der Vorsitzende der Vorbereitungscommission, Dr. Eduardo Zuleta-Angel, ein kolumbianischer Diplomat, eröffnete die Sitzung mit einem Satz, der meiner Meinung nach die Prinzipien der UN sehr kurz und prägnant zusammenfasst. Er sagte, die Vereinten Nationen seien auf gegenseitiges Verständnis und Entgegenkommen, den Verzicht auf Ränke und Trickserien und den Willen zur Zusammenarbeit angewiesen. Seine Worte sollten auch heute noch unser Leitspruch sein.

Russland glaubt an das enorme Potenzial der Vereinten Nationen, das uns helfen sollte, eine neue Konfrontation zu vermeiden und eine Strategie der Zusammenarbeit zu entwickeln. Hand in Hand mit anderen Nationen werden wir konsequent daran arbeiten, die zentrale, koordinierende Rolle der Vereinten Nationen zu stärken. Ich bin überzeugt davon, dass wir die Welt durch Zusammenarbeit stabiler und sicherer machen und eine Umwelt schaffen können, in der sich alle Staaten und Völker gut entwickeln werden. Ich danke Ihnen.

(Wir haben den offiziellen englischen Text der Putin-Rede, die in unseren Mainstream-Medien wieder einmal nur sehr selektiv und verfälschend zitiert wird, komplett übersetzt und zwei Links und Ergänzungen in Klammern eingefügt. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



70th session of the UN General Assembly

Vladimir Putin took part in the plenary meeting of the 70th session of the UN General Assembly in New York.

September 28, 2015 – New York

Mr. Secretary General,
Distinguished heads of state and government,
Ladies and gentlemen,

The 70th anniversary of the United Nations is a good occasion to both take stock of history and talk about our common future. In 1945, the countries that defeated Nazism joined their efforts to lay a solid foundation for the postwar world order. Let me remind you that key decisions on the principles defining interaction between states, as well as the decision to establish the UN, were made in our country, at the Yalta Conference of the leaders of the anti-Hitler coalition.

The Yalta system was truly born in travail. It was born at the cost of tens of millions of lives and two world wars that swept through the planet in the 20th century. Let's be fair: it helped humankind pass through turbulent, and at times dramatic, events of the last seven decades. It saved the world from large-scale upheavals.

The United Nations is unique in terms of legitimacy, representation and universality. True, the UN has been criticized lately for being inefficient or for the fact that decision-making on fundamental issues stalls due to insurmountable differences, especially among Security Council members.

However, I'd like to point out that there have always been differences in the UN throughout the 70 years of its history, and that the veto right has been regularly used by the United States, the United Kingdom, France, China and the Soviet Union, and later Russia. It is only natural for such a diverse and representative organization. When the UN was first established, nobody expected that there would always be unanimity. The mission of the organization is to seek and reach compromises, and its strength comes from taking different views and opinions into consideration. The decisions debated within the UN are either taken in the form of resolutions or not. As diplomats say, they either pass or they don't. Any action taken by circumventing this procedure is illegitimate and constitutes a violation of the UN Charter and contemporary international law.

We all know that after the end of the Cold War the world was left with one center of dominance, and those who found themselves at the top of the pyramid were tempted to think that, since they are so powerful and exceptional, they know best what needs to be done and thus they don't need to reckon with the UN, which, instead of rubber-stamping the decisions they need, often stands in their way.

That's why they say that the UN has run its course and is now obsolete and outdated. Of course, the world changes, and the UN should also undergo natural transformation. Russia is ready to work together with its partners to develop the UN further on the basis of a broad consensus, but we consider any attempts to undermine the legitimacy of the United Nations as extremely dangerous. They may result in the collapse of the entire architecture

of international relations, and then indeed there will be no rules left except for the rule of force. The world will be dominated by selfishness rather than collective effort, by dictate rather than equality and liberty, and instead of truly independent states we will have protectorates controlled from outside.

What is the meaning of state sovereignty, the term which has been mentioned by our colleagues here? It basically means freedom, every person and every state being free to choose their future.

By the way, this brings us to the issue of the so-called legitimacy of state authorities. You shouldn't play with words and manipulate them. In international law, international affairs, every term has to be clearly defined, transparent and interpreted the same way by one and all.

We are all different, and we should respect that. Nations shouldn't be forced to all conform to the same development model that somebody has declared the only appropriate one.

We should all remember the lessons of the past. For example, we remember examples from our Soviet past, when the Soviet Union exported social experiments, pushing for changes in other countries for ideological reasons, and this often led to tragic consequences and caused degradation instead of progress.

It seems, however, that instead of learning from other people's mistakes, some prefer to repeat them and continue to export revolutions, only now these are "democratic" revolutions. Just look at the situation in the Middle East and Northern Africa already mentioned by the previous speaker. Of course, political and social problems have been piling up for a long time in this region, and people there wanted change. But what was the actual outcome? Instead of bringing about reforms, aggressive intervention rashly destroyed government institutions and the local way of life. Instead of democracy and progress, there is now violence, poverty, social disasters and total disregard for human rights, including even the right to life.

I'm urged to ask those who created this situation: do you at least realize now what you've done? But I'm afraid that this question will remain unanswered, because they have never abandoned their policy, which is based on arrogance, exceptionalism and impunity.

Power vacuum in some countries in the Middle East and Northern Africa obviously resulted in the emergence of areas of anarchy, which were quickly filled with extremists and terrorists. The so-called Islamic State has tens of thousands of militants fighting for it, including former Iraqi soldiers who were left on the street after the 2003 invasion. Many recruits come from Libya whose statehood was destroyed as a result of a gross violation of UN Security Council Resolution 1973. And now radical groups are joined by members of the so-called "moderate" Syrian opposition backed by the West. They get weapons and training, and then they defect and join the so-called Islamic State.

In fact, the Islamic State itself did not come out of nowhere. It was initially developed as a weapon against undesirable secular regimes. Having established control over parts of Syria and Iraq, Islamic State now aggressively expands into other regions. It seeks dominance in the Muslim world and beyond. Their plans go further.

The situation is extremely dangerous. In these circumstances, it is hypocritical and irresponsible to make declarations about the threat of terrorism and at the same time turn a blind eye to the channels used to finance and support terrorists, including revenues from drug trafficking, the illegal oil trade and the arms trade.

It is equally irresponsible to manipulate extremist groups and use them to achieve your political goals, hoping that later you'll find a way to get rid of them or somehow eliminate them.

I'd like to tell those who engage in this: Gentlemen, the people you are dealing with are cruel but they are not dumb. They are as smart as you are. So, it's a big question: who's playing who here? The recent incident where the most "moderate" opposition group handed over their weapons to terrorists is a vivid example of that.

We consider that any attempts to flirt with terrorists, let alone arm them, are short-sighted and extremely dangerous. This may make the global terrorist threat much worse, spreading it to new regions around the globe, especially since there are fighters from many different countries, including European ones, gaining combat experience with Islamic State. Unfortunately, Russia is no exception.

Now that those thugs have tasted blood, we can't allow them to return home and continue with their criminal activities. Nobody wants that, right?

Russia has consistently opposed terrorism in all its forms. Today, we provide military-technical assistance to Iraq, Syria and other regional countries fighting terrorist groups. We think it's a big mistake to refuse to cooperate with the Syrian authorities and government forces who valiantly fight terrorists on the ground.

We should finally admit that President Assad's government forces and the Kurdish militia are the only forces really fighting terrorists in Syria. Yes, we are aware of all the problems and conflicts in the region, but we definitely have to consider the actual situation on the ground.

Dear colleagues, I must note that such an honest and frank approach on Russia's part has been recently used as a pretext for accusing it of its growing ambitions — as if those who say that have no ambitions at all. However, it is not about Russia's ambitions, dear colleagues, but about the recognition of the fact that we can no longer tolerate the current state of affairs in the world.

What we actually propose is to be guided by common values and common interests rather than by ambitions. Relying on international law, we must join efforts to address the problems that all of us are facing, and create a genuinely broad international coalition against terrorism. Similar to the anti-Hitler coalition, it could unite a broad range of parties willing to stand firm against those who, just like the Nazis, sow evil and hatred of humankind. And of course, Muslim nations should play a key role in such a coalition, since Islamic State not only poses a direct threat to them, but also tarnishes one of the greatest world religions with its atrocities. The ideologues of these extremists make a mockery of Islam and subvert its true humanist values.

I would also like to address Muslim spiritual leaders: Your authority and your guidance are of great importance right now. It is essential to prevent people targeted for recruitment by extremists from making hasty decisions, and those who have already been deceived and, due to various circumstances, found themselves among terrorists, must be assisted in finding a way back to normal life, laying down arms and putting an end to fratricide.

In the days to come, Russia, as the current President of the UN Security Council, will convene a ministerial meeting to carry out a comprehensive analysis of the threats in the Middle East. First of all, we propose exploring opportunities for adopting a resolution that

would serve to coordinate the efforts of all parties that oppose Islamic State and other terrorist groups. Once again, such coordination should be based upon the principles of the UN Charter.

We hope that the international community will be able to develop a comprehensive strategy of political stabilization, as well as social and economic recovery in the Middle East. Then, dear friends, there would be no need for setting up more refugee camps. Today, the flow of people forced to leave their native land has literally engulfed, first, the neighbouring countries, and then Europe. There are hundreds of thousands of them now, and before long, there might be millions. It is, essentially, a new, tragic Migration Period, and a harsh lesson for all of us, including Europe.

I would like to stress that refugees undoubtedly need our compassion and support. However, the only way to solve this problem for good is to restore statehood where it has been destroyed, to strengthen government institutions where they still exist, or are being re-established, to provide comprehensive military, economic and material assistance to countries in a difficult situation, and certainly to people who, despite all their ordeals, did not abandon their homes. Of course, any assistance to sovereign nations can, and should, be offered rather than imposed, in strict compliance with the UN Charter. In other words, our Organisation should support any measures that have been, or will be, taken in this regard in accordance with international law, and reject any actions that are in breach of the UN Charter. Above all, I believe it is of utmost importance to help restore government institutions in Libya, support the new government of Iraq, and provide comprehensive assistance to the legitimate government of Syria.

Dear colleagues, ensuring peace and global and regional stability remains a key task for the international community guided by the United Nations. We believe this means creating an equal and indivisible security environment that would not serve a privileged few, but everyone. Indeed, it is a challenging, complicated and time-consuming task, but there is simply no alternative.

Sadly, some of our counterparts are still dominated by their Cold War-era bloc mentality and the ambition to conquer new geopolitical areas. First, they continued their policy of expanding NATO – one should wonder why, considering that the Warsaw Pact had ceased to exist and the Soviet Union had disintegrated.

Nevertheless, NATO has kept on expanding, together with its military infrastructure. Next, the post-Soviet states were forced to face a false choice between joining the West and carrying on with the East. Sooner or later, this logic of confrontation was bound to spark off a major geopolitical crisis. And that is exactly what happened in Ukraine, where the people's widespread frustration with the government was used for instigating a coup d'état from abroad. This has triggered a civil war. We are convinced that the only way out of this dead end lies through comprehensive and diligent implementation of the Minsk agreements of February 12th, 2015. Ukraine's territorial integrity cannot be secured through the use of threats or military force, but it must be secured. The people of Donbas should have their rights and interests genuinely considered, and their choice respected; they should be engaged in devising the key elements of the country's political system, in line with the provisions of the Minsk agreements. Such steps would guarantee that Ukraine will develop as a civilized state, and a vital link in creating a common space of security and economic co-operation, both in Europe and in Eurasia.

Ladies and gentlemen, I have deliberately mentioned a common space for economic co-operation. Until quite recently, it seemed that we would learn to do without dividing lines in

the area of the economy with its objective market laws, and act based on transparent and jointly formulated rules, including the WTO principles, which embrace free trade and investment and fair competition. However, unilaterally imposed sanctions circumventing the UN Charter have all but become commonplace today. They not only serve political objectives, but are also used for eliminating market competition.

I would like to note one more sign of rising economic selfishness. A number of nations have chosen to create exclusive economic associations, with their establishment being negotiated behind closed doors, secretly from those very nations' own public and business communities, as well as from the rest of the world. Other states, whose interests may be affected, have not been informed of anything, either. It seems that someone would like to impose upon us some new game rules, deliberately tailored to accommodate the interests of a privileged few, with the WTO having no say in it. This is fraught with utterly unbalancing global trade and splitting up the global economic space.

These issues affect the interests of all nations and influence the future of the entire global economy. That is why we propose discussing those issues within the framework of the United Nations, the WTO and the G20. Contrary to the policy of exclusion, Russia advocates harmonizing regional economic projects. I am referring to the so-called "integration of integrations" based on the universal and transparent rules of international trade. As an example, I would like to cite our plans to interconnect the Eurasian Economic Union with China's initiative for creating a Silk Road economic belt. We continue to see great promise in harmonizing the integration vehicles between the Eurasian Economic Union and the European Union.

Ladies and gentlemen, one more issue that shall affect the future of the entire humankind is climate change. It is in our interest to ensure that the coming UN Climate Change Conference that will take place in Paris in December this year should deliver some feasible results. As part of our national contribution, we plan to limit greenhouse gas emissions to 70–75 percent of the 1990 levels by the year 2030.

However, I suggest that we take a broader look at the issue. Admittedly, we may be able to defuse it for a while by introducing emission quotas and using other tactical measures, but we certainly will not solve it for good that way. What we need is an essentially different approach, one that would involve introducing new, groundbreaking, nature-like technologies that would not damage the environment, but rather work in harmony with it, enabling us to restore the balance between the biosphere and technology upset by human activities.

It is indeed a challenge of global proportions. And I am confident that humanity does have the necessary intellectual capacity to respond to it. We need to join our efforts, primarily engaging countries that possess strong research and development capabilities, and have made significant advances in fundamental research. We propose convening a special forum under the auspices of the UN to comprehensively address issues related to the depletion of natural resources, habitat destruction, and climate change. Russia is willing to co-sponsor such a forum.

Ladies and gentlemen, dear colleagues. On January 10th, 1946, the UN General Assembly convened for its first meeting in London. Chairman of the Preparatory Commission Dr. Zuleta Angel, a Colombian diplomat, opened the session by offering what I see as a very concise definition of the principles that the United Nations should be based upon, which are good will, disdain for scheming and trickery, and a spirit of cooperation. Today, his words sound like guidance for all of us.

Russia is confident of the United Nations' enormous potential, which should help us avoid a new confrontation and embrace a strategy of cooperation. Hand in hand with other nations, we will consistently work to strengthen the UN's central, coordinating role. I am convinced that by working together, we will make the world stable and safe, and provide an enabling environment for the development of all nations and peoples. Thank you.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern